

Frauen an die Spitze

In einem deutlichen Schritt in Richtung Geschlechtergleichheit will die malaysische Regierung dafür sorgen, dass Spitzenpositionen in der Wirtschaft bis 2016 mit mindestens 30 Prozent Frauen besetzt sind. Nach Angaben von Ministerpräsident Najib Razak sind in 200 börsennotierten malaysischen Unternehmen nur acht Prozent der Vorstände weiblich, in Finanzinstitutionen sind es sogar nur sechs Prozent. Laut Familien- und Frauenministerin soll die selbst verordnete Frauenquote aber nicht mit Strafen durchgesetzt werden, da sonst die Assoziation entstünde, dass Frauen nur wegen der Quote in Top-Positionen eingestellt würden. Stattdessen sollen Unternehmen beraten und bei der Entwicklung von Trainingsprogrammen für Frauen in Führungsrollen unterstützt werden. Frauen stellen in Malaysia 60 Prozent der Hochschulabsolventen dar, aber nur 45 Prozent machen dauerhaft Karriere. Im Zuge der Vorstellung des Programms verwies Najib Razak auf eine ähnliche Regel, die bereits 2004 im öffentlichen Dienst eingeführt wurde, woraufhin der Frauenanteil von 19 auf 32 Prozent angehoben werden konnte. »Dieser Weg wird der Katalysator für unsere Politik im Unternehmenssektor sein«, sagte er damals. Die frühere Handelsministerin Rafidah Aziz kritisierte die Entscheidung, da sie dazu verleite, offene Stellen mit »irgendjemanden« zu besetzen, wodurch die Wettbewerbsfähigkeit des Landes gefährdet werde. Ihr zufolge sollte der private wie auch der öffentliche Sektor die fähigsten Leute einstellen – unabhängig vom Geschlecht.

vgl. ABC News, 27.6.2011; FAZ, 7.7.2011

Klub der gehorsamen Ehefrauen

»Eine gute Ehefrau ist ihrem Mann eine gute Prostituierte. Was ist falsch daran, eine Hure zu sein – gegenüber deinem Ehemann?« Mit einer Aussage wie dieser von Klubpräsidentin und Mitbegründerin Rohayam Mohamad hat Malaysias erster »Klub der gehorsamen Ehefrauen« gleichermaßen Kritik von Frauenrechtsgruppen und Politikern auf sich gezogen. Laut der rund 800 Mitglieder des Klubs lassen sich Scheidungen und Untreue vermeiden, indem Frauen ihren Männern gehorchen, dienen und ihre sexuellen Bedürfnisse erfüllen wie Prostituierte: »Sie müssen ihren Ehemännern gehorchen. Das ist auch der Weg, den der Islam fordert«, so ein Mitglied des Klubs, welcher sich rühmt, mit dieser Philosophie sogar Prostitution und häusliche Gewalt abschaffen zu können. Der Anfang Juni 2011 von der konservativen islamischen Gruppe *Global Ikhwan* ins Leben gerufene Klub steht nach Angaben Mohamads Frauen aller Religionen offen, denen in Semi-

naren und bei Eheberatungen vermittelt werden soll, wie sie zu einer »guten« Ehefrau werden. *Global Ikhwan*, die zuvor bereits einen Klub für Polygamie gegründet hatten, gilt als Nachfolgeorganisation der *Al-Arqam*-Sekte, die 1994 wegen nicht-muslimischer Lehren verboten wurde. Malaysias Frauen- und Familienministerin prangerte an, dass es eine Erniedrigung für Frauen und auch Männer sei, dass Untreue oder häusliche Gewalt einzig und allein von der Gefügigkeit und der sexuellen Stimulation durch die Frau abhängig gemacht werden. Die Frauenrechtsgruppe *Sisters in Islam* betonte, der Islam befürworte Ehen, die auf gegenseitiger Kommunikation und Respekt basierten. Behördenangaben zufolge hat sich die Scheidungsrate in Malaysia von 2002 bis 2009 verdoppelt, mit einem größeren Anstieg bei Muslimen als bei Angehörigen anderer Religionen.

vgl.: Washington Post, 4.6.2011; Reuters, 5.6.2011

Diplomatische Beziehungen mit Vatikan

Die malaysische Regierung hat offiziell diplomatische Beziehungen mit dem Vatikan aufgenommen. Ein Schritt, der besonders von der nicht-muslimischen Minderheit als Beschwichtigungsmaßnahme begrüßt wird, nachdem ein Bericht, dass Christen den Islam als Staatsreligion ersetzen wollten, die religiösen Spannungen zwischen den Ethnien im Juni 2011 erneut entfacht hatte. Dem Leiter von Malaysias ältester katholischer Gemeinde zufolge reflektiere die neue Verbindung das *1Malaysia*-Konzept der Toleranz und Einheit: »Es zeigt, dass sich die Regierung unter *1Malaysia* in die richtige Richtung

bewegt, da Gemeinschaften unterschiedlichen Glaubens anerkannt werden.« Der Kirchenrat erwartet von der Entwicklung eine Förderung des friedlichen Nebeneinanders in Malaysias multireligiöser Gesellschaft und setzt auf den Dialog zwischen den Religionsgemeinschaften sowie auf eine Thematisierung der Frage nach religiöser Freiheit. Von Seiten der Kirche wird der Schritt als längst überfällige Weiterentwicklung der seit 500 Jahren bestehenden kulturellen Beziehungen mit den Heiligen Stuhl gewertet.

vgl.: Bangkok Post, 18.7.2011; The Star Online, 20.7.2011

Jüdische Verschwörung!?

Utusan Malaysia, die Tageszeitung der Regierungspartei UMNO (United Malays National Organization) hat das brutale Durchgreifen der Polizei im Zuge der Demonstrationen am 9. Juli 2011 mit einer jüdischen Verschwörung zur Machtergreifung in Malaysia begründet. Die Zeitung erklärte in einem Leitartikel, dass pro-jüdische Gruppen unter dem Deckmantel der Menschenrechte und mit Hilfe von Demonstrationen versuchen würden, die Kontrolle des Landes an sich zu bringen. Ohne Belege für eine mögliche Verschwörung anzuführen oder bestimmte Gruppierungen zu benennen, betonte die Zeitung, können Malaysier »niemandem, insbesondere nicht den Juden erlauben, im Geheimen die inneren Angelegenheiten des Landes zu beeinträchtigen.« Während der Demonstrationen vom 9. Juli war es zu einer Verhaftungswelle von mehr als 1.600 Teilnehmern gekommen, darunter auch Politiker der Opposition. Unter der Organisation von *Bersih* 2.0, einer Koalition von mehr als 20 NGOs, hatten rund 20.000 Menschen friedlich

für Wahlreformen protestiert und die Regierung aufgefordert, gegen Wahlbetrug und Mehrfachabstimmungen vorzugehen. Mitglieder von *Bersih* beklagten, dass die falschen Anschuldigungen der Zeitung, ihnen eine jüdische Unterstützung zu unterstellen, die Bewegung und ihre Ziele diskreditiere und eine Beleidigung für deren gute Absichten darstelle. Auch Ministerpräsident Najib Razak distanzierte sich von dem Artikel und betonte, dass dieser nicht die Ansichten der Regierung wiedergeben würde: »Unabhängig von politischen Ansichten ist es inakzeptabel, Hass und Misstrauen gegenüber jeglichen religiösen Gruppen zu schüren, wie wir es in diesem Fall erlebt haben.« Dass die Situation für Najib damit noch nicht ausgestanden ist, zeigt eine Facebook-Seite mit dem Titel »100.000 Leute fordern Rücktritt von Ministerpräsident Najibs«, die nur fünf Tage nach dem Start der Seite schon 170.000 Unterstützer vermelden konnte.

vgl.: Bangkok Post, 13.7.2011; ABC News, 18.7.2011; Asia Times Online, 28.7.2011

Sicherstes Land

Das Institut für Wirtschaft und Frieden in Sydney hat in seinem diesjährigen Bericht zum Globalen Friedensindex 2011 Malaysia als sicherstes Land in Südostasien bestimmt. Das Institut bewertet jährlich anhand von 23 Indikatoren, unter anderem Militärausgaben und Grad der Achtung der Menschenrechte, inwieweit im Inneren und in den Beziehungen zu Nachbarstaaten der Frieden gewahrt wird. Laut Bericht lasse sich die höchste Platzierung seit 2007 auf die gestiegene politische Stabilität

und die verbesserten Beziehungen mit China und dem Nachbarland Singapur zurückführen. In der Gesamtbewertung von 153 Staaten schaffte es Malaysia auf Rang 19 und damit als eines von nur sechs außereuropäischen Staaten in die Top 20. Die malaysischen Behörden planen jedoch schon weiter: Durch Verbesserungen der Sicherheitslage soll schnellstmöglich der Aufstieg in die Top 10 erfolgen.

vgl.: Bernama, 23.7.2011; The Star Online, 23.7.2011

Gegen Polygamie

In einer Umfrage unter 1.060 Jugendlichen im Alter von 15 bis 25 Jahren sprachen sich 61 % der Jungen und 85 % der Mädchen gegen die Vielehe aus, die es malaysischen Männern nach islamischem Recht ermöglicht, bis zu vier Ehefrauen zu nehmen. Ein überraschendes Ergebnis angesichts des überwiegenden sozialen und religiösen Konservatismus der Jugendlichen, die rein muslimische Partnerschaften interreligiösen vorziehen und Alkohol, vorhelichen Sex, Drogen, Homosexualität und Pornografie als »inakzeptabel« werteten. So urteilte das *Goethe-Institut* bei der Auswertung der Studie, die in Kooperation mit der *Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit* unter dem Titel »Werte, Träume, Ideale – Muslimische Jugendliche in Südostasien« zeitgleich auch in Indonesien durchgeführt wurde. Während die überwiegende Mehrzahl der muslimischen Jugendlichen Malaysias den Glauben als das Wichtigste in ihrem Leben angibt und sich sogar mehr als 70 % dafür aussprechen, die Verfassung durch den Koran zu ersetzen, werden tägliche Pflichten wie Beten und das Studium des Korans oftmals vernachlässigt. Auch in ihrer Freizeit sehen die Befragten lieber fern, surfen im Internet oder hören Musik, anstatt die Moschee zu besuchen, so die Studie weiter. Diese ambivalente Einstellung spiegelt sich auch in der Einstellung der Jugendlichen gegenüber der Politik wider: Obwohl 83 % der Befragten sich über radikalen Islamismus besorgt zeigten und Gewalt ablehnen, wird Osama bin Laden doch von fast zwei Dritteln als »Freiheitskämpfer« betrachtet und auch die Idee, Politiker durch religiöse Führer abzulösen, können sich die meisten Befragten vorstellen. Dennoch unterscheiden sich Malaysias muslimische Jugend in ihren Wünschen und Träumen, Karriere zu machen und eine Familie zu gründen aber nicht sehr von anderen jungen Leuten.

vgl.: Bangkok Post, 12.7.2011; ABC News, 12.07.2011; Goethe-Institut: http://www.goethe.de/ins/id/pro/jugendstudie/jugendstudie_dt.pdf

kurz notiert